

Gründungsprotokoll der IGR vom 14.02.2006

Am 14. Februar fand ein erstes Treffen zur Initiierung einer Bürgerinitiative gegen Rechts im Bezirk Friedrichshain statt. Anlass diesen Schritt zu machen war die Häufung an rechten Übergriffen im Bezirk. Der ersten Einladung folgten bereits eine Reihe von Institutionen, wir würden uns allerdings freuen, wenn sich der Kreis der Mitwirkenden beim nächsten Treffen erweitern würde, um so wirkungsvoll im Friedrichshainer Kiez etwas gegen rechte Übergriffe und Tendenzen bewegen zu können. Das nächste Treffen der Bürgerinitiative findet am 28.02.2006 um 19 Uhr im Mieterladen (Kreutziger Str. 23) statt.

1. Problemerkörterung zu der Situation im Bezirk

- Übergriffe werden aus verschiedensten Gründen nicht publik und dadurch auch nicht in die offiziellen Statistiken aufgenommen
- Opfer von rechten Übergriffen melden sich oftmals nicht bei der Polizei aus Angst selbst angezeigt zu werden.
- Nötiges Problembewusstsein im Umgang mit den Übergriffen fehlt bei Polizei und LKA, insbesondere da dem Problem nicht mit mehr Streifen, sondern eher mit Prävention beizukommen ist - zur Prävention gehöre genauso eine Kontaktaufnahme mit Jugendclubs wie auch eine Informationspolitik zu Übergriffen
- Überfälle werden bei Opferberatungsstellen nur teilweise bekannt, weil Opfergruppen nicht von der Existenz dieser Institutionen wissen.
- Zivilcourage (Eingreifen von PassantInnen bei Angriffen) wird meist nicht honoriert, sondern zieht häufig noch auch Angriffe von Seiten der Neonazis nach sich oder werden mit Anzeigen seitens der Polizei bestraft.
- Es herrscht Gleichgültigkeit der Bevölkerung gegenüber diesem Thema auf der Straße, da Übergriffe nicht im unmittelbarem Umfeld wahrnehmbar oder auf der Straße als Einzelfälle wahrgenommen werden
- Der Bezirk befindet sich gerade in einem Prozess, in dem sich rechte Strukturen und Tendenzen etablieren. Auf dieser Grundlage entsteht ein Klima, in dem zunehmend Übergriffe verübt werden können. Deshalb gilt es einzuschreiten, bevor sich Friedrichshain zu einem offen rechten Bezirk entwickelt

2. Problem öffentliche Wahrnehmung - Kontakt zu Betroffenen suchen

- Abgesehen von der Betroffenen rechter Übergriffe selbst, nehmen BürgerInnen ein Problem mit Rechten und Neonazis im Kiez nicht wahr. Ziel muss es deshalb sein, auch BürgerInnen, die nicht in das hauptsächliche Spektrum der Betroffenen gehören (wie alternative Jugendliche, SchülerInnen oder Leute mit migrantischem Hintergrund), über die Situation aufzuklären und eine Verantwortungsbewusstsein zu schaffen
- Übergriffe müssen deshalb verstärkt und breiter publik gemacht werden (z.B. durch ein Register rechts-motivierter Straftaten)
- Potentielle Opfergruppen wie MigrantInnen, Menschen mit körperlicher Behinderung, Schwulen/ Lesben, Obdachlose, alternative Jugendliche müssen erreicht werden über die Kontaktaufnahme mit entsprechenden Institutionen, so dass sie im Fall eines Übergriffs informiert sind, wo sie in einem solchen Fall Hilfe von verschiedensten Stellen erwarten können. Eine Einbindung in die Bürgerinitiative ist erwünscht

3. Angestrebte Aktionen - etwas im Bezirk bewegen

- Informationen zu Übergriffen, rechten Strukturen/ Treffpunkten müssen so breit wie möglich zugänglich gemacht werden, um auch das Spektrum, das dagegen aktiv werden kann, zu verbreitern
- Polizeieinsatzkräfte müssen auf die Problemlage hingewiesen werden und sensibilisiert werden für die Situation im Friedrichshain. Entsprechende Verfahrensfehler im Umgang mit Betroffenen rechter Übergriffe sollen so vermieden werden.
- Gewerbetreibende im Bezirk sollen für die Aktion Noteingang geworben werden (Stichwort: "Servicewüste für Nazis"), so dass ein Klima geschaffen wird, in dem Rechten gezeigt wird, dass sie im Friedrichshain keinen Raum zur Entfaltung finden
- Es muss eine Öffentlichkeit hergestellt werden. Einerseits muss eine öffentliche Debatte angeregt werden. Durch Plakate usw. soll das Thema im öffentlichen Straßenbild sichtbar gemacht werden und konkrete Hilfestellung/ Handlungsanweisung gegeben werden (z.B. Kontakt zur Opferberatungsstelle).
- Betreuungsdienste für Menschen mit körperlicher Behinderung, MigrantInnenvereine, Schwulen/ Lesben Initiativen und Jugendeinrichtungen sollen gezielt zur Teilnahme an dem Treffen angeregt werden.
- Es soll eine Anlaufstelle geschaffen werden, zu der Betroffene von rechten Übergriffen kommen können und Beratung und Hilfestellung erhalten. Fälle von Übergriffen müssen gesammelt werden und dieser Anlaufstelle zur Verfügung gestellt werden
- Die Anlaufstelle im Bezirk soll perspektivisch dann auch Organisationen vernetzen, die im Bereich gegen rechte Strukturen und der Opferhilfe arbeiten

Für das nächste Treffen am 28.02.2006 um 19 Uhr im Mieterladen (Kreutziger Str. 23) wünschen wir uns weiterhin rege Teilnahme, noch mehr konstruktive Ideen wie wir zusammen dem Problem im Bezirk begegnen können und mehr Zulauf von Initiativen/ Vereinen/ Institutionen aus dem gesellschaftlichen Leben in Friedrichshain.